WP-01-K3-138

Frieden in Freiheit sichern – innen und außen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller*in: Robin Korte (KV Münster)

Änderungsantrag zu WP-01-K3

Von Zeile 138 bis 141:
Viele finanzschwache Kommunen, die einen Strukturwandel durchgemacht haben, sitzen bis heute auf hohen Schuldenbergen und stecken angesichts drückender Zinsen in einem Teufelskreis. Um ihnen wieder eine Perspektive zu geben, setzen wir uns für eine ~~faire Unterstützung~~bundesweite Altschuldenlösung ein, bei ~~kommunalen Altschulden ein~~der der Bund und die betroffenen Länder die Lasten der Vergangenheit jeweils zur Hälfte übernehmen. An die Kommunen übertragene Aufgaben wie die Bereitstellung von Rettungsdiensten, die Unterbringung von Geflüchteten oder

Begründung

Bei unserem Anspruch an eine echte Lösung für die kommunalen Altschulden waren wir GRÜNE in der letzten Wahlperiode schon weiter als der Programmentwurf glauben lässt. Eine "faire Unterstützung" ist reichlich unkonkret. Vielmehr hatte die Grüne Bundestagsfraktion sich zu einer echten Altschuldenlösung bekannt (jeweils hälftig durch den Bund und die betroffenen Länder finanziert). Auch das Bundesfinanzministerium (unter Christian Lindner) hatte eine solche Lösung mit den Ländern diskutiert, ein entsprechendes Eckpunktepapier ist bekannt. Hinter dieses Angebot sollte unser Wahlprogramm keinesfalls zurückfallen.

Alle betroffenen Bundesländer haben mittlerweile eine Altschuldenlösung vorbereitet bzw. umgesetzt. Das historische Zeitfenster für eine bundesweite Altschuldenlösung ist jetzt da - wir sollten es also nutzen.

Die Altschuldenproblematik hängt außerdem überwiegend mit wirtschaftlichem Strukturwandel (gepaart mit den daraus folgenden Belastungen für Sozialhilfe und Arbeitslosengeld II) in der Vergangenheit zusammen und ist von den betroffenen Kommunen ganz überwiegend unverschuldet. Das bis heute auf diesen Kommunen lastende Problem, das den Teufelskreis (bzw. die Abwärtsspirale) aus i.d.R. schlechter Qualität der Daseinsvorsorge, hohen Steuern und entsprechenden Standortnachteilen hervorruft, sind die Zinsen. Das sollten wir auch so darstellen, damit die Thematik verständlich ist (auch für die Länder, in denen es solche Altlasten nicht gibt).

weitere Antragsteller*innen

Simon Rock (KV Rhein-Kreis-Neuss); Tobias Rödel (KV Hagen); Anna Katharina di Bari (KV Bochum); Katrin Lögering (KV Dortmund); Franziska Krumwiede-Steiner (KV Oberhausen); Hedwig Tarner (KV Warendorf); Jonas Wischermann (KV Wesel); Niklas Geßner (KV Solingen); Oliver Buschmann (KV Bochum); Simon Kort (KV Hannover); Markus Spitzer-Pachel (KV Essen); David Neeff (KV Solingen); Marcel Gießwein (KV Ennepe-Ruhr); Maria-Charlotte Koch (KV Rhein-Sieg); Jochen Gaßmann (KV Salzgitter); Jörg Grutke (KV Euskirchen); Marco Saleik (KV Solingen); Claudia Wiese (KV Leverkusen);

Marietheres Mimberg (KV Aachen); sowie 37 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.